



ZENTRUM

Deutsche Zentrumspartei
Älteste Partei Deutschlands - gegründet 1870
Stadtverband Meerbusch

CHRISTLICH / SOZIAL / UNABHÄNGIG

Deutsche Zentrumspartei – Stadtverband Meerbusch
c/o W. Müller – Am Meerkamp 26 – 40667 Meerbusch

**An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Planung und Liegenschaften
Herrn Leo Jürgens**
- über Ratsbüro –
Postfach 1664
40667 Meerbusch

Wolfgang Müller
Stadtverbandsvorsitzender

Am Meerkamp 26
40667 Meerbusch

Telefon: (0 21 32) 75 02 – 0
Telefax: (0 21 32) 75 02 – 29
E-Mail: info@stb-wolfgang-mueller.de
Web: www.zentrumspartei-meerbusch.de

Per E-Mail: beate.heidbreder@meerbusch.de

15.04. 2013

**Antrag gem. § 6 Geschäftsordnung des Rates zur Sitzung des APL am 07.05.
2013.**

Betr.:

**Anfrage gem. § 6 Geschäftsordnung des Rates zur Sitzung des Ausschusses
für Planung und Liegenschaften (APL) am 13.03.2013; hier: Punkt 9.1 des
Sitzungsprotokolls**

Betr.: Bauvorhaben Buderich, Grabenstraße 0 bzw. 1a

Sehr geehrter Herr Jürgens,

unter Punkt 9.1 des im Betreff genannten Sitzungsprotokolls steht zum Sachverhalt
(Zitat):

„Beratendes Ausschussmitglied Hauke befürchtet, dass im Rahmen des Verwal-
tungsgerichtsverfahrens der Beschluss des Ausschusses für Planung und Liegen-
schaften ausgehebelt werden könne.

Herr Hüchtebrock weist darauf hin, dass es sich um ein laufendes Rechtsstreit-
verfahren handelt. Derzeit würden weitere Schriftsätze ausgetauscht. Insofern könne
zum jetzigen Zeitpunkt die Anfrage nicht beantwortet werden. Zu gegebener Zeit
werde im Ausschuss berichtet.“ (Zitat Ende)

Vor dem Hintergrund dieser Stellungnahme sei nochmals auf die Fragestellungen
des Antrages der Zentrumspartei vom 26.02.2013 verwiesen:

- Welchen Standpunkt bezüglich der Umsetzbarkeit des beantragten Bauvorhabens vertritt die Stadtverwaltung vor dem Verwaltungsgericht?
- Mit welchen Argumenten wird sie dem Vortrag des Klägers begegnen?
 - a) in Bezug auf den Denkmalschutz?
 - b) in Bezug auf das Bauvolumen (26,5m langer und bis zu 14,12m hoher Baukörper) sowie die Positionierung des Bauwerkes (Missachtung bisher verbindlicher Baufluchten sowohl in der Graben- als auch der Niederlöricker Straße)?
 - c) in Bezug auf den § 34 Baugesetzbuch, Abs. 1 sowie 3a, Ziffern 2. u. 3?
- Liegt der Stadtverwaltung die Klageschrift inzwischen vor?
- Beabsichtigt die Stadtverwaltung, dem APL die Klageschrift zeitnah zur Kenntnis zu bringen, um diesen in die Lage zu versetzen, angemessen reagieren zu können? *
- Beabsichtigt die Stadtverwaltung, den APL zeitnah über den jeweiligen Status des Verfahrens zu unterrichten? **
- Von wem wird die Stadtverwaltung vor dem Verwaltungsgericht vertreten?

*, ** Sollte das nicht beabsichtigt sein, beantragt die Zentrumsparlei vorsorglich den Vollzug dieser Maßnahmen.

Die Zentrumsparlei bittet darum, die Beantwortung dieser Anfrage dem APL am 13.03.2013 auch in schriftlicher Form vorzulegen.

Soweit der seinerzeitige Antrag der Zentrumsparlei. Folgendes ist anzumerken:

- die Verwaltung kam der Bitte der Zentrumsparlei nicht nach
- sämtliche Fragen des Antrags vom 26.02.2013 hätten ungeachtet des laufenden Rechtsstreitverfahrens beantwortet werden können
- Punkt 9.1 des Protokolls ist zu entnehmen, dass bezüglich des umstrittenen Bauvorhabens
 - derzeit Schriftsätze ausgetauscht werden
 - dies der Grund sei, die Anfrage der Zentrumsparlei ‚zum jetzigen Zeitpunkt‘ nicht beantworten zu können
 - dem Ausschuss ‚zu gegebener Zeit‘ berichtet werden soll.

Insofern ist davon auszugehen, dass der Stadtverwaltung die Klageschrift vorliegt, sie jedoch nicht gewillt ist,

- diese dem Ausschuss inhaltlich zur Kenntnis zu bringen
- den Ausschuss über ihren grundsätzlichen Standpunkt in diesem Rechtsstreitverfahren zu informieren
- ihre Argumente der Klageabwehr gegenüber dem APL offenzulegen
- den Ausschuss zeitnah über den jeweiligen Status des Rechtsstreitverfahrens zu unterrichten.

Da der Stadtverwaltung die Vorbehalte des Ausschusses bezüglich des beantragten Bauvorhabens bekannt sind, drängt sich der Eindruck auf, dass ‚auf kaltem Wege‘ durch Unterliegen im fraglichen Rechtsstreitverfahren der Primat der Politik aus-

gehebelt werden soll. Diesem Eindruck sollte die Stadtverwaltung im ureigenen Interesse durch Beantwortung der Fragestellungen des Antrages der Zentrumspartei entgegenwirken. Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag erneut in der Erwartung, dass die überfällige Stellungnahme der Stadtverwaltung dem Ausschuss anlässlich der nächsten Sitzung am **07.05.2013** in schriftlicher Form als Diskussions- und ggf. Beschlussfassungsgrundlage vorgelegt wird.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, consisting of a vertical line on the left and a large, stylized loop on the right.

Wolfgang Müller
Vorsitzender und Ratsherr

- Kopie an alle APL-Mitglieder -